

scheint, trotzdem die Wirtschafts- und namentlich die Finanzlage des Staates in letzter Zeit eine Besserung erfahren hat, fühlt die jüdische Bevölkerung noch immer keine Entspannung der Lage. Der jüdische Klub hat in den letzten Tagen der Regierung die Forderungen der jüdischen Bevölkerung vorgelegt. Mit der ganzen Kraft ihrer Ueberzeugung haben die jüdischen Abgeordneten und Senatoren vor allem für die Streichung der von der Regierung beantragten 10prozentigen Erhöhung der Steuern gekämpft, welche insbesondere die Kleinindustrie und den Handel, die sich vorwiegend in jüdischen Händen befinden, stark belastet, wie überhaupt die städtische Bevölkerung in Polen den Großteil der Staatslasten tragen muß. Die ungeheure Belastung der jüdischen Bevölkerung wird durch Zahlen deutlich illustriert: in Lodz und Czenstochau macht sie bis zu 72 Zloty und in Posen gar 80 Zloty pro Kopf aus. Die Umsatzsteuer beträgt in einzelnen Städten 50 Prozent aller Staatssteuern und erreicht manchmal 62 Prozent aller Staats- und 32 Prozent aller Kommunalsteuern. Es ist klar, daß die Erhöhung der Steuern eine Erhöhung der Produktionskosten nach sich ziehen muß, was wiederum eine Teuerung unmittelbar zur Folge hat. Die Teuerung verkleinert den Absatz und verringert die Produktion. Der jüdische Klub erblickt also in der neuen Finanzpolitik, die neue Steuern und Lasten aufbürdet, den Ruin für den Handel, da der notorische Geld- und Kreditmangel in Polen an sich jede Tätigkeit des Kaufmannes hemmt. Die bisherige judenfeindliche Politik der früheren Regierungen hat die Schließung vieler kleinerer Industriebetriebe zur Folge gehabt, wodurch sich als weitere Folge das Arbeitslosenheer der jüdischen Handwerker und Kaufleute stark vermehrt hat. Die Uebersiedlung ganzer Betriebe aus dem Industriezentrum Lodz in andere Staaten war die nächste Folge einer Politik, die für die Bedürfnisse von Handel und Industrie nur wenig Verständnis aufbringen konnte. In den letzten Tagen haben Besprechungen der jüdischen Kaufmannschaft mit dem Handelsminister stattgefunden, die eine Aenderung der bisherigen Verhältnisse der Regierungsstellen zu den Bedürfnissen des Handels zum Ziele haben.

Die Lage der jüdischen Kaufmannschaft in ganz Polen ist sehr schwer, ja sogar verzweifelt. Eine Hauptschuld daran trifft die ganz unzulängliche Wirtschafts- und Steuerpolitik der bisherigen Regierungen. In den maßgebenden Kreisen wollte man nicht verstehen, daß eine Tarif- und Steuerpolitik, die das Moment der Steuerkraft übersah, schließlich zum Ruin der Kaufmannschaft, des wichtigsten Steuerzahlers in Polen und damit auch zur Katastrophe der Staatsfinanzen führen müsse. Die über Nacht durchgeführte Währungsreform Grabskis hatte einen noch nie wahrgenommenen Geld- und Kreditmangel und damit eine Verteuerung der Kreditbedingungen zur Folge. Ein solcher Stand der Dinge mußte eine ungeheure Verringerung der Geschäftsumsätze und als weitere Folge einen Rückgang des Einkommens nach sich ziehen und darauf ist in letzter Linie die erschreckende Verarmung der jüdischen Bevölkerung zurückzuführen. Um nur Kredite zu bekommen, verschuldete sich der jüdische Kaufmann in fremder Währung, da für ihn Zloty Kredite angesichts der Tendenz der Bank Polski, den Kaufmann und insbesondere dem jüdischen Kaufmann keine direkten Kredite zu erteilen, nicht möglich waren und als der Währungszusammenbruch im August v. J. erfolgte, verlor der jüdische Kaufmann durch die Entwertung fast 100 Prozent seines Vermögens, wobei er noch hohe Zinsen zurückzahlen hatte. Diese Entwicklung hatte die Schließung, Liquidierung und Insolvenzerklärung einer ganzen Menge von jüdischen Geschäftsunternehmungen zur Folge, ja sogar gut fundierte Unternehmungen wurden ein Opfer der desolaten Wirtschaftsverhältnisse. Dazu kam noch die ganz verfehlte Zoll-, Tarif- und Reglementierungspolitik der Regierung, die im übrigen auch unter dem gegenwärtigen Regime noch nicht beseitigt ist. Die jüdische Kaufmannschaft stellt als eine ihrer wichtigsten Forderungen die Herabsetzung der Umsatzsteuer, die eine in keinem Staate erreichte Höhe von 2½ Prozent aufweist, auf höchstens 1 Prozent. Sie verlangt überdies die Herabsetzung der Verzugszinsen von den nicht terminmäßig geleisteten Steuern von 4 Prozent auf 1 Prozent. Die jüdische Kaufmannschaft wehrt sich ferner gegen die gesetzlich festgesetzte Arbeitswoche von 46 Stunden und verlangt um so mehr eine Reform dieser Bestimmung, als die meisten jüdischen Kaufleute in Polen am Sonnabend und Sonntag die Geschäfte geschlossen halten. Aufhebung der drückenden Paßvorschriften, die im Widerspruch mit der vom Handelsminister angekündigten Maxime des Liberalismus in der Wirtschafts- und Handelspolitik stehen, ist die Lösung des jüdischen Klubs; dem jüdischen Kaufmann soll die Möglichkeit geboten werden, seine Handelsbeziehungen zu erweitern. Wenn auch

bereits durch die erfolgte Herabsetzung des Zinsfußes die neue Regierung deutliche Zeichen der Aenderung des bisherigen Kurses gegeben hat, so sind doch die meisten Postulate der jüdischen Kaufmannschaft bisher unerfüllt geblieben. Es ist überaus charakteristisch, daß jeder Erwerbszweig, also der Industrielle, der Landmann Kredite erhält, nur nicht der jüdische Kaufmann. Es ist daher eine berechtigte Forderung der jüdischen Kaufmannschaft, in dieser Beziehung einen Wandel zu schaffen, da die Aufnahme von Geldern auf dem Privatmarkt, wo ungeheure Zinsen gezahlt werden müssen, ihre Existenzgrundlagen untergräbt.

Der Handelsminister selbst stellte fest, daß auch in Polen der Handel nicht vernachlässigt oder in seiner Entwicklung gehemmt werden dürfe. Vor allem handelt es sich darum, daß die Behörden den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens und insbesondere des Handels wohlwollend gegenüberstehen und an der Belebung der Wirtschaft und der Gesundung der privaten Initiative mitarbeiten. Allerdings hat die erlangte Stabilisierung der Währung bereits eine gewisse Besserung in den Verhältnissen von Handel und Industrie bewirkt, die eine Intensivierung des Handels ermöglichen dürfte.

Der Völkerbund und Palästina

Der Bericht der Mandatskommission an den Völkerbundsrat und an die Vollversammlung des Völkerbundes. — Interessante Feststellungen mit Bezug auf das jüdische Nationalheim

Genf. Soeben ist der Bericht der Ständigen Mandatskommission des Völkerbundes über ihre im Juni 1926 abgehaltene neunte Session zur Verteilung an die Teilnehmer an der Vollversammlung des Völkerbundes, die zu Beginn des September in Genf eröffnet wird, gelangt.

Einen sehr großen Raum in dem Bericht nehmen die Feststellungen bezüglich Palästinas ein. Der Grundton dieser Feststellungen ist ein Ausdruck der Zufriedenheit mit der Politik der Mandatsregierung. In Hinsicht auf die von verschiedenen Seiten gegen die britische Verwaltung vorgebrachten Klagen wird gesagt, daß die Erklärungen der Mandatsregierung erschöpfend und zufriedenstellend sind. Mit Bezug auf die zionistischen Memoranden wird bemerkt, obwohl anerkannt wird, daß die Juden berechtigt sind, auf der im Palästina-Mandat vorgesehenen Förderung des Nationalheims zu bestehen, die Mandatsmacht dennoch klug daran getan hat, die Vorgänge nicht zu überstürzen, sondern zu versuchen, ernste Konflikte zwischen den beiden Teilen der Bevölkerung zu vermeiden.

Es muß in Betracht gezogen werden, sagt Herr Freire d'Andrade, der Berichterstatler über die Petition des Waad Leumi (Jüdischer Nationalrat in Palästina), daß die Mandatsmacht bei der Aufrichtung des jüdischen Heimes in Palästina mit sehr ersten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, die in der Opposition der großen Majorität der arabischen Bevölkerung ihre Ursache hatten, und daß sie mit sehr viel Takt und Vernunft gewisse Resultate erreichte, ohne ihre Zuflucht zu strengen Maßnahmen zu nehmen, die vielleicht dazu angetan gewesen wären, das Land mit Blut und Trümmern zu bedecken. In der Verwaltung Palästinas sind sehr große Fortschritte erzielt worden, die Wohlfahrt des Landes ist sichtbarlich gesteigert worden. Die Opposition der großen Majorität der Bevölkerung gegen die Aufrichtung eines jüdischen Heimes ist abgeschwächt, so daß man hoffen darf, daß die Aussichten einer Verständigung zum Nutzen aller Interessenten jetzt viel günstiger liegen.

Die allgemeinen Feststellungen der Mandatskommission

Hinsichtlich der allgemeinen Beobachtungen heißt es in dem Bericht:

Die Kommission bemerkt mit Zufriedenheit, daß die politische Unruhe im Lande im Schwinden ist und daß in allen Teilen Palästinas Ruhe und Ordnung gewahrt worden ist.

Die Kommission vernahm mit Befriedigung die Erklärungen des bevollmächtigten Vertreters darüber, daß die Palästinaverwaltung die Einrichtung einer lokalen Autonomie gemäß Artikel 3 des Mandats fördert. Sie wird mit Interesse die Maßnahmen verfolgen, die unternommen werden, um das Wahlsystem in den schon bestehenden Gemeindeorganisationen auszugestalten. Sie hofft auch, daß der nächste Bericht eine lückenlose Information über die gegenwärtige Organisation und den Status der verschiedenen Gemeinden geben wird.

Es folgt darauf eine Anzahl besonderer Feststellungen:

1. Landfrage. Die Kommission vertraut darauf, daß alle Anstrengungen unternommen werden würden, um die Landesvermessung zu beschleunigen, deren Beendigung für die allgemeine Entwicklung Palästinas von außerordentlicher Wichtigkeit ist, im besonderen auch für die Errichtung eines jüdischen Nationalheims. Die Kommission hofft, daß bald Mittel gefunden werden, um in vollstem Ausmaße die Möglichkeit einer Landzuteilung im Bessangebiet auszunutzen.

2. Arbeit. Die Kommission begrüßt die Ankündigung der Herausgabe von Gesetzesvorschriften zur Regelung gewisser Arbeitsbedingungen und wird mit Interesse eine ausführliche Information über die Zusammensetzung und die Arbeitsresultate des ständigen Arbeitskomitees entgegennehmen.

3. Erziehung. Die Kommission bemerkt mit Genugtuung, daß die Verwaltung eine Reform in der Organisation der Erziehungsarbeit im Lande dringlich behandelt und würde sich freuen, im nächsten Bericht eine lückenlose Darstellung der Richtlinien der geplanten Reorganisation zu finden.

4. Öffentliche Finanzen. Die Kommission nimmt die Information über die öffentlichen Finanzen und die Fonds, die von der Mandatsmacht der Palästinaverwaltung zur Verfügung gestellt worden sind, zur Kenntnis, hofft aber, daß der Bericht des nächsten Jahres mehr erschöpfende Aufklärungen über diese Angelegenheit enthalten wird.

Die arabischen Klagen: Unveränderte Lage seit dem vorigen Jahre

Ueber die Petition der palästinensisch-arabischen Exekutive berichtet Herr Palacios. Er berichtet, daß sich die Lage seit dem letzten Jahre nicht geändert hat. In der neuen Petition nimmt die Exekutive des arabischen Kongresses — zum ersten Male — nicht eine Haltung radikaler und absoluter Opposition gegen das Mandat ein, sondern sie beklagt sich nur über die Nichtanwendung gewisser Vorschriften dieses Mandates. Dies ist ein wichtiges Faktum und sollte gewürdigt werden.

Die Agudas Jisroel und die jüdische Gemeindeordnung

Den Bericht über das Memorandum der Agudas Jisroel erstattete Frau A. Wicksell. Sie führte aus: Es ist für die permanente Mandatskommission solange unmöglich, ein Urteil darüber abzugeben, ob der Waad Heir Aschkenazi und die Agudas Jisroel in ihren Klagen im Rechte sind, als bis die einzelnen Vorschriften betreffend die jüdische Gemeinschaft veröffentlicht und der Kommission vorgelegt worden sind. Bis jetzt wissen wir nicht, welche Macht hierin den zentralen und den kommunalen Autoritäten der verschiedenen religiösen Gemeinschaften gegeben wird, bis zu welchem Grad, wenn überhaupt, es ihnen erlaubt sein wird, sich eigene Gesetze zu geben. Die kleine aschkenazische Gemeinde protestiert gegen die bloße Tatsache, daß eine Organisation geschaffen wird, in der Frauen Stimmrecht haben und wo öffentliche Zertifikate von Autoritäten ausgegeben werden, die nicht zu ihrer Sondersekte gehören. Es ist die Pflicht der Mandatsmacht und der permanenten Mandatskommission, allen Einwohnern Palästinas vollständige Gewissensfreiheit zu sichern, ebenso auch die freie Uebung jeder Form des Gottesdienstes, insofern sie der Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung und Moral nicht widerstrebt. (JTA.)

Die Zahl der Juden in Palästina

„Mischar Wetaasia“ vom 25. Juli veröffentlicht Angaben der Gesundheitsabteilung der Palästina-Regierung über die Zahl der jüdischen Einwohner Palästinas. Laut den Angaben der amtlichen Zählung vom Jahre 1922 gab es damals in Palästina 83 794 Juden, d. s. 11,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. 1. Januar 1924 91 000 Juden, 11,7 Prozent, 1. Januar 1925 104 000 Juden, 12,9 Prozent, 1. Januar 1926 138 000 Juden, 16,2 Prozent, 1. Juni 1926 147 000 Juden, 17 Prozent. Laut Schätzungen jüdischer statistischer Kreise, schreibt Mischar Wetaasia, soll jedoch die Zahl der Juden am 1. Juni 1926 bereits gegen 175 000 oder 19,6 Prozent der Gesamtbevölkerung betragen.

Die Zahl der Palästinareisenden im Monat Juni

Nach den von der Regierung veröffentlichten offiziellen Zahlen sind im Monat Juni 1926 3168 Reisende (einschließlich Durchreisende, Touristen und Pilger) nach Palästina gekommen; 2067 Einwohner Palästinas kehrten in der gleichen Zeit ins Land zurück.

Die Palästinaeinwanderung im Monat Juli

Nach Angaben des Immigrations-Departements der palästinensischen Regierung sind im Monat Juli 1060 Personen nach Palästina eingewandert.